

Südkorea: Herausforderungen für das 21. Jahrhundert

Peter Gey

Oktober 2004

- Südkoreas Wirtschaft wird trotz schwacher Binnennachfrage und geringer Investitionstätigkeit auch 2004 zulegen. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, dass die Volksrepublik China zum wichtigsten Abnehmer südkoreanischer Erzeugnisse geworden ist. Doch die Abhängigkeit von China ist gefährlich, weil jede Krise der chinesischen Wirtschaft sich unmittelbar auf Südkorea auswirken wird. Auch wird es ohne deutliche Fortschritte bei Forschung und Entwicklung sowie Kostensenkungen im Hochtechnologiebereich nur eine Frage der Zeit sein, bis Korea in seinen Handelsbeziehungen mit China erstmals einen Fehlbetrag ausweist.
- Die Industrialisierung brachte einen enormen sozialen Wandel mit sich. Einerseits haben sich die Institution der Familie und die Stellung der Frau nachhaltig verändert, was die Entwicklung einer neuen Familienpolitik als auch ein neues Genderverhalten erfordert. Auf der anderen Seite altert die südkoreanische Gesellschaft weltweit am schnellsten, so dass eine dem demographischen Prozess angepasste Arbeits- und Unternehmenspolitik vonnöten sein wird.
- Südkoreas größte Herausforderung ist die Bedrohung aus Nordkorea. Eine militärische Auseinandersetzung wäre verhängnisvoll, aber auch wachsende Flüchtlingsströme oder gar eine Vereinigung mit dem heruntergewirtschafteten Land werden befürchtet. Die Regierung hofft, das Regime Kim Jong-Ils für eine Politik wechselseitigen Vertrauens und zum Nutzen beider Teile zu gewinnen. Angesichts der Erfahrung, dass die Annäherung zwischen den beiden deutschen Staaten maßgeblich zum Ende der DDR beitrug, ist Nordkorea hierin äußerst zurückhaltend. Daher hofft Südkorea auf Veränderungen innerhalb der nordkoreanischen Wirtschaft. Die Erfahrungen mit den Wirtschaftsreformen in Mittel- und Osteuropa lassen vermuten, dass die jüngsten wirtschaftspolitischen Maßnahmen der nordkoreanischen Führung nicht ausreichen, um den Niedergang aufzuhalten.
- Wachsender Zukunftspessimismus in der Bevölkerung reflektiert diese Bedrohung und Herausforderungen. Dennoch steuert Südkorea nicht notwendig auf eine Existenzkrise zu. Institutionen, Unternehmen und Individuen haben sich in den letzten Jahrzehnten die notwendigen Fähigkeiten angeeignet, um in der Weltwirtschaft und im sozialen Wandel bestehen zu können.

Der Autor: **Peter Gey** ist Landesvertreter der Friedrich-Ebert-Stiftung in Seoul, Südkorea

Von der Aufholjagd zum globalen Wettbewerb

Die Weichen wurden richtig gestellt

Anfang der sechziger Jahre betrug das Pro-Kopf-Einkommen in Südkorea knapp hundert Dollar, der Anteil der Landwirtschaft am Bruttoinlandsprodukt (BIP) lag bei 38%, und die Ausfuhren erreichten mit 43 Millionen US-Dollar (USD) nicht einmal ein Viertel der Einfuhren. Bis 1995 stieg das Pro-Kopf-Einkommen dann um mehr als das Hundertfache auf über 10.000 USD, der Anteil der Landwirtschaft am BIP sank auf 7%, und die Exporte erreichten 125 Milliarden USD. Südkorea hatte eine beispiellose Aufholjagd zurückgelegt und sich **in weniger als zwei Generationen aus einem rückständigen Agrarland zu einem modernen Industriestaat entwickelt**.

Zu diesem raschen Wirtschaftswachstum hatten mehrere Faktoren beigetragen: Regierungen und Institutionen, die sich entschieden der Entwicklung ihres Landes verschrieben hatten, Unternehmen, die für Innovationen aufgeschlossen waren und in fremde Märkte eindringen sowie fleißige und lernwillige Arbeitskräfte, die alles daran setzten, ihre Armut zu überwinden. Aber sie alle konnten über Jahrzehnte nur deswegen erfolgreich zusammenwirken, weil die südkoreanische Regierung Anfang der sechziger Jahre eine Entscheidung getroffen hatte, die sich als richtig und tragfähig erweisen sollte:

Im Unterschied zu ausnahmslos allen lateinamerikanischen Regierungen dieser Zeit hatte sie **sich gegen eine „importsubstituierende“ und für eine „exportorientierte“ Industrialisierung entschieden**. Während die lateinamerikanischen Länder auf eine Teilnahme am internationalen Wettbewerb weitgehend verzichteten und deshalb niedrige Wachstumsraten und wachsende Armut in Kauf nehmen mussten, baute Südkorea seinen Anteil am Welthandel aus und erfüllte zunehmend die Merkmale einer Industrienation. Nur 35 Jahre nach dem Beginn seiner außenwirtschaftlichen Ausrichtung wurde das Land 1996 in den Kreis der OECD-Länder aufgenommen.

An der Grundentscheidung zugunsten einer exportorientierten Entwicklung hielten alle folgenden Regierungen fest. Innere und äußere Umstände zwangen jedoch wiederholt dazu, den

entwicklungspolitischen Kurs anzupassen. In der ersten Phase der Industrialisierung von 1962 bis 1971 förderte die Regierung die Herstellung arbeitsintensiver Industrieprodukte mit geringer Wertschöpfung, die für die Ausfuhr in entwickelte Industrieländer bestimmt waren. Auf diese Weise konnten die überschüssigen Arbeitskräfte zu niedrigen Löhnen eingesetzt und die Nachteile eines engen Binnenmarktes überwunden werden. Die Wachstumsraten des BIP erreichten in diesem Zeitraum jahresdurchschnittlich über 9%.

In den siebziger Jahren rückte die Regierung Branchen der Chemie- und Schwerindustrie in den Vordergrund, um sowohl die Zahl exportfähiger Erzeugnisse zu vergrößern, als auch die Voraussetzungen für eine eigene Rüstungsindustrie zu schaffen. Wie bereits zuvor schon im Falle der Textil-, Bekleidungs- und anderer Bereiche der Leichtindustrie, setzte sie ein breites wirtschaftspolitisches Instrumentarium ein, um die Entwicklung der Stahlindustrie, des Schiffs- und Maschinenbaus sowie der Chemie- und Elektronikindustrie zu unterstützen. Durch abgestufte Steuervorteile für unterschiedliche Industriezweige, Zollschränken zum Schutz der heimischen Unternehmen gegen konkurrierende Produkte aus dem Ausland sowie insbesondere Kreditvergünstigungen lenkte die Regierung umfangreiche Investitionen in die von ihr als zukunftsträchtig angesehenen Wirtschaftszweige. Hohe Ertragsunterschiede zwischen dem koreanischen und den ausländischen Kapitalmärkten bei staatlichen Rückzahlungsgarantien bewirkten zudem einen starken Kapitalzufluss in Gestalt ausländischer Direktinvestitionen und Handelskrediten.

Der exportorientierte und staatsgeführte Aufholprozess in den sechziger und siebziger Jahren war jedoch **nicht nur** erfolgreich. **Er schuf auch neue Ungleichgewichte und setzte die Wirtschaft verstärkt äußeren Einflüssen aus**. Der zweite Ölpreisschock im Jahre 1979 deckte eine Reihe von Fehlentwicklungen auf, die durch politische Entscheidungen verursacht worden waren. Eine hohe Inflation, sinkende Ausfuhren und Überkapazitäten in der Schwerindustrie

zwangen die Regierung dazu, die bislang an den US-Dollar gekoppelte Währung deutlich abzuwerten, die Finanz- und Geldpolitik zu straffen und die Investitionen in der Schwerindustrie einzuschränken. Durch diese Anpassungen gelang es, die Inflationsrate wieder deutlich zu verringern. Gleichzeitig begann die Regierung damit, ihren wirtschaftspolitischen Dirigismus zugunsten markt-wirtschaftlicher Reformen im Finanz- und Bankenbereich abzubauen.

Das Trauma der Asienkrise

Die asiatische Finanz- und Wirtschaftskrise im Jahre 1997 wirkte sich auf Südkorea weit nachhaltiger aus als die Ölpreiserhöhungen der siebziger Jahre. Als sie Korea erfasste, wankte hier die Wirtschaft bereits. Im Januar 1997 war mit der Hanbo Group das erste der dreißig größten Unternehmensgefüge, Chaebols genannt, zusammengebrochen. Im Laufe des Jahres folgten vier weitere. Da zuvor noch nie ein Chaebol Bankrott gegangen war, und man im In- und Ausland geglaubt hatte, die Unternehmenskonglomerate seien einfach „too big to fail“, war dies ein Schock.

Es sollte aber noch schlimmer kommen. Durch die drastische Abwertung mehrerer asiatischer Währungen geriet auch der südkoreanische Won (KRW) unter Druck, obgleich hier die Auslandsverschuldung gerade einmal 36% des BIP erreichte. Um eine übermäßige Abwertung zu vermeiden, führte die Zentralbank umfangreiche Stützungskäufe durch. Trotzdem verlor der Won gegenüber dem Dollar die Hälfte seines ursprünglichen Wertes. Dementsprechend erhöhten sich schlagartig die südkoreanischen Auslandsschulden. Bis November 1997 waren die Währungsreserven von einst über 30 Mrd. USD auf 7 Mrd. USD zusammengeschmolzen. Die Regierung war gezwungen, den Internationalen Währungsfonds um einen Beistandskredit zu ersuchen.

Die gerade ins Amt gekommene Regierung unter Präsident Kim Dae-Jung handelte rasch. **Im Mittelpunkt des Sanierungsprogramms standen der Finanzsektor und die Chaebols.** Überschuldete Finanzinstitute wurden entweder geschlossen oder verstaatlicht und mit öffentlichen Mitteln saniert. Die Regierung verbesserte die

Bankenaufsicht, verringerte Eintrittsbeschränkungen im Finanzbereich und stärkte die Rechte von Minderheitsaktionären. Im Zuge der Umstrukturierung des Unternehmensbereichs schied 14 weitere Chaebols aus dem Markt aus, und auch hier stärkte man die Unternehmensaufsicht.

Heute sind die **Folgen der asiatischen Finanz- und Wirtschaftskrise weitgehend überwunden.** Zwar zeigten der Bilanzskandal des Unternehmens SK Global im Jahre 2003 und die zunehmende Überschuldung der privaten Haushalte, deren Verbindlichkeiten zwischen 1998 und 2003 von 56% auf 74% des BIP answollen, dass die Konsolidierung des Unternehmens- und Bankensektors noch nicht abgeschlossen ist. Ernsthaft gefährdet ist Koreas Wirtschaft dadurch aber nicht:

Die Verschuldung der Zentralregierung und der regionalen Gebietskörperschaften war 2003 mit 23% des BIP im internationalen Vergleich niedrig. Südkorea hat von allen OECD-Ländern zudem die zweithöchsten Währungsreserven. Sie waren bis 2003 auf 155 Mrd. USD gestiegen und übertrafen damit die kurzfristigen Verbindlichkeiten gegenüber dem Ausland um das Dreifache. Bereits im August 2001, drei Jahre vor Fälligkeit, hatte Südkorea seine Schulden gegenüber dem IWF beglichen.

In der kollektiven Psyche Koreas hat die Asienkrise tiefe Spuren hinterlassen. Für seine Menschen **versinnbildlicht der Einbruch 1997/98** sowohl das **Ende rasanten Wachstums** als auch die starke **Abhängigkeit des Landes von äußeren Einflüssen:**

Nachdem das BIP zwischen 1962 und 1996 im Jahresdurchschnitt um 8% zugelegt hatte, brach die Wirtschaftstätigkeit 1998 um 5,8% ein, konnte sich aber 1999 und 2000 mit Wachstumsraten von 10,7% bzw. 8,8% schnell erholen. Allerdings kühlte die Wirtschaft anschließend infolge der schwachen Konjunktur vor allem in den USA und Japan gleich wieder ab. Zwar verzeichnete Südkorea 2001 und 2002 in einem schwierigen internationalen Umfeld mit 3,1% und 7,0% von allen OECD-Ländern das höchste Wachstum, aber das Tempo der vorangegangenen dreieinhalb Jahrzehnte konnte nicht mehr erreicht werden. Nach einer Zunahme des BIP um 3,1% in 2003 liegen die Wachstumsprognosen für 2004 im Mittel um 5%.

Zum anderen machte die Asienkrise deutlich, dass **in der Epoche der Globalisierung Verwerfungen in einem Land rasch auf andere übergreifen und dabei gnadenlos die Schwächen der jeweiligen Wirtschaft aufdecken.** Auch bei soliden eigenen Finanzen und Unternehmen ist ein Land verwundbar, wenn maßgebliche Akteure der Globalisierung straucheln. Daher verfolgt man in Südkorea den anhaltenden Boom in China mit gemischten Gefühlen.

China: ein janusköpfiger Kunde

Seit knapp einem Vierteljahrhundert erzielt die Wirtschaft der Volksrepublik China hohe Wachstumsraten. Die Zunahme des BIP war auch 2003 mit 9,1% wieder äußerst hoch und beschleunigte sich im ersten Quartal 2004 sogar noch weiter auf 9,7%. **Aufgrund der starken Nachfrage aus China konnte Südkorea seine Ausfuhren dorthin zwischen 2001 und 2003 verdoppeln.** Mit einem Volumen von 35 Mrd. USD **verdrängte China im Jahre 2003 die USA als wichtigsten Abnehmer südkoreanischer Güter und Dienstleistungen.** Damit entfielen auf China 18,1% der südkoreanischen Ausfuhren, von denen außerdem weitere 7,6% nach Hongkong geliefert wurden. Noch weitaus größer ist **Chinas Bedeutung als Standort für südkoreanische Unternehmen:** Im ersten Halbjahr 2004 flossen 43,5% der ausländischen Direktinvestitionen Südkoreas dorthin.

Aufgrund der schlechten Binnennachfrage, die den privaten Konsum 2003 sogar um 1,4% fallen ließ, und der nur mäßig wachsenden Bruttoinvestitionen waren die Bestellungen aus China für die koreanische Wirtschaft ein Segen. Allerdings wurde die Gefahr des China-Geschäftes bald offensichtlich. Als der chinesische Premierminister Wen Jiabao am 28 April 2003 erklärte, die Wirtschaft zeige Überhitzungserscheinungen und die Regierung denke an Maßnahmen, um sie herunterzukühlen, war dies für die ohnehin von hohen Ölpreisen und Zinsängsten geplagte Börse in Seoul ein Schock. **Binnen weniger Tage fiel der KOSPI-Index um 20%. Dies ließ ahnen, was auf Südkorea zukäme, wenn es in China einmal richtig krachen sollte.**

Die Hoffnungen in Südkorea sind darauf gerichtet, dass China mit seinem Versuch eines

„soft landing“ erfolgreich ist und zu keinen drastischen Maßnahmen (z. B. eine deutliche Abwertung des Yuan) greift, um die Investitionstätigkeit zu dämpfen. Dabei ist man sich im Klaren darüber, dass **die Abhängigkeit von der chinesischen Wirtschaft** im Positiven wie im Negativen mittel- und langfristig eher **noch zunehmen wird** und schaut mit Sorge auf die sich dort verschärfenden Probleme:

- Chinas Banken sitzen auf einem Haufen fauler Kredite. 1998 hatte die chinesische Nationalbank deren Anteil am gesamten Kreditvolumen auf 25% beziffert. Heute veranschlagen die internationalen Finanzinstitutionen und Rating-Agenturen den Anteil der verlorenen Kredite bereits auf 40 bis 50%.
- Durch hohe Investitionen werden zunehmend Überkapazitäten geschaffen, die ihrerseits zu sinkenden Gewinnen und Unternehmenszusammenbrüchen führen können. Dadurch wächst die Gefahr, dass die Immobilien-Blase platzt und eine Finanzkrise auslöst.
- Südkorea fürchtet, dass in China soziale Unruhen ausbrechen, weil sich dort die Gegensätze zwischen Stadt und Land, zwischen Beschäftigten und Arbeitslosen und zwischen den unteren und oberen Einkommensgruppen stark verschärfen. Gepaart mit Unmut über Misswirtschaft und Korruption könnte es zu Aufständen kommen, die auch die Wirtschaft trudeln ließen.

Selbst im günstigsten Fall, wenn es China gelänge, seine Wirtschaft dauerhaft zu bremsen, so dass mittelfristig die Wachstumsrate jahresdurchschnittlich bei 7 bis 8% läge, wären die Folgen für Südkorea nicht nur vorteilhaft. Bereits heute ist China mit einem Anteil von 20 bis 25% der weltgrößte Verbraucher von Rohstoffen. Selbst ein gebremstes Wachstum in Chinas rohstoff- und energiehungrigen Branchen der Bauwirtschaft sowie der Stahl- und Chemieindustrie wird die Rohstoffpreise auf absehbare Zeit weiter in die Höhe treiben und für rohstoffarme Länder wie Südkorea wachstumsmindernd sein.

Ein Tiger wird gejagt

Im Verlauf der neunziger Jahre schob sich Südkorea, das neben Taiwan, Singapur und Hongkong einer der „Tiger“ der ersten Generation ist, bei zahlreichen Erzeugnissen in Qualität und Preis an die Wirtschaftsmacht Japan heran. In wichtigen Bereichen wie Schiffsbau, Elektronik, Automobile und Informationstechnologie gewann die südkoreanische Industrie an Boden, während sie unter anderem bei Nahrungsmitteln, Textilien und Bekleidung an Wettbewerbsfähigkeit einbüßte. Man rechnete damit, bei arbeitsintensiven Erzeugnissen zunehmend Marktanteile an das Billiglohnland China zu verlieren und im Bereich der Hochtechnologie verstärkt mit Japan zu konkurrieren.

Als China im November 2001 nach 15 Verhandlungsjahren Mitglied der World Trade Organisation (WTO) wurde, versuchte man in Südkorea, die damit verbundenen Chancen und Risiken für die eigene Wirtschaft einzuschätzen. Einerseits erwartete man, dass dieser Schritt für zahlreiche koreanische Unternehmen die Voraussetzungen für ihre Ausfuhren nach China und die Investitionsbedingungen dort verbessern würde. Zum anderen war man sich im Klaren darüber, dass **China im Kampf um Marktanteile und ausländische Direktinvestitionen zuneh-**

mend als ernstzunehmender Mitbewerber auftreten würde. Eine Strategie, bei der beide Länder gewinnen könnten, sah man zum Beispiel darin, dass koreanische Unternehmen mit chinesischen Partnern arbeitsintensive Produkte in China für den dortigen Markt erzeugten und High-Tech-Produkte aus Korea nach China lieferten.

China stieß jedoch verblüffend schnell in jene Bereiche vor, in denen Korea Spitztechnologie erzeugte und sich vorerst sicher wähnte. Eine Untersuchung der Korea Industrial Technology Foundation, die zum Ministerium für Handel, Industrie und Energie gehört, ergab, dass Korea bei Hochtechnologieprodukten gegenüber China nur noch wenige Jahre Vorsprung hat. China wird Korea bei Mobiltelefonen in drei Jahren, bei Klima- und Kühlanlagen in fünf Jahren, bei Flachbildschirmen in sieben Jahren und bei petrochemischen Erzeugnissen in 7-10 Jahren eingeholt haben. Dabei werden die chinesischen Produkte durchweg preisgünstiger als die koreanischen sein.

Ohne deutliche Fortschritte bei Forschung und Entwicklung sowie Kostensenkungen im Hochtechnologiebereich ist es nur eine Frage der Zeit, bis Korea in seinen Handelsbeziehungen mit China erstmals einen Fehlbetrag ausweist.

Alterung und Familie

Koreas Bevölkerung altert weltweit am schnellsten

In jüngster Zeit ist ein Thema in der öffentlichen Debatte in den Vordergrund gerückt, von dem die meisten Menschen in Südkorea kaum Notiz genommen hatten: Koreas Bevölkerung altert weltweit am schnellsten! Mit einem Anteil von 7% der über 65-Jährigen an der Gesamtbevölkerung zählt Korea seit dem Jahre 2000 zu den „alternden“ (ageing) Gesellschaften. Nur 19 Jahre später werden 14% der Bevölkerung dieses Alter erreicht haben, und Korea wird eine „alte“ (aged)

Gesellschaft sein. Dann werden nur sieben weitere Jahre vergehen müssen, bis der Anteil der über 65-Jährigen 20% beträgt und Korea eine „äußerst alte“ (ultra-aged) Gesellschaft ist. Das wird im Jahre 2026 sein.

Damit steht Korea vor einem demographischen Wandel, der sich in den USA und in Europa über einen weitaus längeren Zeitraum erstreckte und nur in Japan vergleichbar schnell verlief:

Alterung der Bevölkerung in ausgewählten Ländern

	Anteil der Bevölkerung 65 Jahre und älter			Dauer in Jahren	
	7%	14%	20%	7% bis 14%	14% bis 20%
Südkorea	2000	2019	2026	19	7
Japan	1970	1994	2006	24	12
Deutschland	1932	1972	2012	40	40
Italien	1927	1988	2007	64	19
USA	1942	2013	2028	71	15
Schweden	1887	1972	2012	85	40
Frankreich	1864	1979	2020	115	41

Quelle: Kyungsoo Choi, Population Aging in Korea; Economic Impacts and Policy Issues, Korea Development Institute, February 2004.

Tab. 1 zeigt, dass Frankreich und Schweden bereits in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhundert „ageing societies“ waren. Anschließend dauerte es 115 bzw. 85 Jahre, bis sich der Anteil der über 65-Jährigen in diesen beiden Ländern auf 14% verdoppelt hatte. **In Südkorea wird dies in nur 19 Jahren geschehen.** In Frankreich und Schweden werden ebenso wie in Deutschland rund 40 Jahre vergangen sein, bis deren Bevölkerungen „ultra-aged“ (Anteil der über 65-Jährigen beträgt 20%) sind. **In Korea werden es nur sieben Jahre sein.** Rückblickend wird man sehen, dass die berücksichtigten europäischen Länder zwischen 80 Jahre in Deutschland und 156 Jahre in Frankreich Zeit hatten, sich auf die Vergreisung ihrer Bevölkerung einzustellen. In Korea geschieht dies innerhalb gut einer Generation.

Das rasche Altern der koreanischen Bevölkerung ist wie in allen Industrieländern auf **sinkende Geburtenraten und eine steigende Lebenserwartung zurückzuführen.** Das Besondere in Korea dabei ist, dass dies **in äußerst kurzen Zeiträumen geschieht:**

- Die Geburtenrate sank rasant von 6,0 im Jahre 1960 und 4,53 im Jahre 1970 über 2,83 im Jahre 1980 auf 1,17 im Jahre 2002. Damit liegt die Geburtenrate in Korea heute unter derjenigen Spaniens, die mit durchschnittlich 1,25 Kindern pro Frau gegenwärtig die niedrigste innerhalb der Europäischen Union ist.
- Die Lebenserwartung verdreifachte sich seit Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts sowohl für Männer von 24 Jahre auf heute 72,8 Jahre als auch für Frauen von 26 auf 80 Jahre. Damit liegt die Lebenserwartung der Koreanerinnen und Koreaner nur noch wenig unter derjenigen der übrigen OECD-Länder, wo sie im

Durchschnitt für Männer 74,4 Jahre und für Frauen ebenfalls 80 Jahre beträgt.

Da die geburtenstarken Jahrgänge heute bereits in ihren Dreißigern und Vierzigern sind, werden auch die Belegschaften in den Unternehmen älter. Deren Durchschnittsalter nahm in der Verarbeitenden Industrie zwischen 1994 und 2002 um 2,3 Jahre von 34 auf 36,35 Jahre zu und wird innerhalb eines Jahrzehnts nahezu 40 Jahre betragen. Bereits heute beträgt der Anteil der 15- bis 29-Jährigen an der Industriearbeiterschaft nur noch 21,8% (1993: 34,9%), während die über Vierzigjährigen fast die Hälfte stellen (1993: 29,2%).

Ähnlich wie in Deutschland weichen auch in Korea die Unternehmen der Frage aus, wie man trotz alternder Belegschaften wettbewerbsfähig bleibt. Vor allem Großunternehmen versuchen, durch Abfindungsangebote Arbeitsplätze abzubauen und sich dabei ihrer älteren Beschäftigten zu entledigen:

- POSCO, weltweit der fünftgrößte Stahlerzeuger, führt ein „anytime early retirement“-Programm durch, das für ein freiwilliges Ausscheiden aus dem Unternehmen je nach Alter eine Entschädigung zwischen 5 und 45 Monatsgehältern vorsieht.
 - KT, Koreas größtes Telekom-Unternehmen, möchte auf diese Weise 5.500 Stellen bzw. 12,6% seiner Belegschaft abbauen.
 - Doosan Heavy Industries and Construction hat jüngst seiner Mitarbeiterschaft ein Abfindungsangebot gemacht, das von 350 bzw. 12,5% der Beschäftigten angenommen wurde.
- Die Unternehmen bezeichnen diese Maßnahmen als „Frühverrentung“ oder „vorzeitige Pensionierung“. Davon kann allerdings nur in den wenigsten

ten Fällen die Rede sein. In der Regel sind die betreffenden Personen, die mitunter jünger als 40 Jahre sind, darauf angewiesen, im Einzelhandel, in der Gastronomie oder in anderen Dienstleistungsbereichen ein Auskommen zu finden.

Ein Einkommen aus selbständiger oder abhängiger Beschäftigung benötigt auch der weitestgrößte Teil der über 60-Jährigen. Nach Angaben des Nationalen Statistischen Amtes bestreiten 41,3% der Älteren ihren Lebensunterhalt aus irgendeiner Form von Erwerbstätigkeit, weil sie keine oder nur eine geringe Rente erhalten, ihre Ersparnisse nicht reichen oder ihre Kinder sie nicht unterstützen können oder wollen.

Der Bedarf an Arbeitsplätzen für Ältere wird nicht nur aus demographischen Gründen in den nächsten Jahrzehnten erheblich steigen. Auch strukturelle Gründe tragen dazu bei. Einer Untersuchung der OECD zufolge, erhöhte sich in Korea das Alter für den Eintritt in den Ruhestand bei den Männern stetig bis auf 68 Jahre (im Jahresdurchschnitt 1997-2002). Grund für diesen im internationalen Vergleich ungewöhnlichen Anstieg der Lebensarbeitszeit war die Abwanderung junger Männer aus der Landwirtschaft und das dadurch bedingte längere Erwerbsleben der älteren Generation im ländlichen Bereich. Da nicht anzunehmen ist, dass Teile der Stadtbevölkerung sich im Alter eine Tätigkeit in der Landwirtschaft suchen, und diese ohnehin zunehmend an Bedeutung verliert, wird der alterungsbedingte Druck auf den Arbeitsmarkt noch verstärkt.

Die Familie muss sich neu erfinden

Die Verwandlung aus einem Agrarland in eine Industrienation innerhalb von weniger als zwei Generationen wirkte sich auf sämtliche Lebensbereiche aus, insbesondere auf die Institution der Familie und die Stellung der Frau.

Das Ideal von einer Frau war in der konfuzianisch geprägten Gesellschaft Koreas die gehorsame Gattin, die gefügige Schwiegertochter und die fürsorgliche Mutter. Frauen hatten früh zu heiraten, Söhne zu gebären, die Hausarbeit zu verrichten und sich zu gegebener Zeit um die pflegebedürftigen Schwiegereltern zu kümmern. Von Bildung und Ausbildung blieben sie ausge-

schlossen, Scheidung war undenkbar, und Tätigkeiten außerhalb der häuslichen vier Wände waren mit Ausnahme von Garten- und Feldarbeit nicht erlaubt. Gegen Ende des Zweiten Weltkrieges waren erst wenige Tausend Frauen erwerbstätig und dies fast nur im Bildungs- und Gesundheitsbereich.

Von diesem Bild haben sich die Koreanerinnen im Zuge der Industrialisierung **weitestgehend gelöst**. Ihre Vorstellungen von Ehe und Familie, von Bildung und Beruf sind andere als jene, denen noch ihre Großmütter und Mütter folgten:

- Das Heiratsalter von Frauen steigt stetig. Frauen heirateten im Jahre 2003 im Alter von durchschnittlich 27,3 Jahren (Männer: 30,1) und damit 2,2 Jahre später als ein Jahrzehnt zuvor (Männer: 2,0). 1985 hatten Koreanerinnen bereits im Alter von 24,1 Jahren geheiratet.
- Junge Koreanerinnen und Koreaner leben inzwischen immer häufiger vor der Heirat auf Probe zusammen. Dabei sind Männer deutlich konservativer, denn während 70% der Frauen in einer Umfrage angaben, ihre Lebensgemeinschaft erst nach drei Monaten bis zwei Jahren registrieren zu lassen, wollte die Hälfte der Männer dies innerhalb von drei Monaten tun. Eine Heirat hielten 37,9% der Frauen überhaupt für verzichtbar; von den befragten Männern meinten dies nur 16,3%.
- Scheidungen sind in Korea häufiger als in den meisten anderen OECD-Ländern. Betrug die Scheidungsquote im Jahre 1980 lediglich 5,9%, so werden heute 47,4% der Ehen geschieden. Lediglich in den USA (51%) und Schweden (48%) ist die Scheidungsrate höher. Viele Geschiedene finden auch wieder einen Partner, so dass 12,6% aller Heiraten Zweitehen sind.
- Bemerkenswert ist, dass gerade auch ältere Frauen den Bund fürs Leben lösen. Die Zahl der Ehen, die nach mehr als 20 Jahren Dauer geschieden wurden, stieg in den vergangenen zehn Jahren um das 12,8-fache. Dies trug mit dazu bei, dass das Durchschnittsalter von Frauen am Tag der Scheidung in diesem Zeitraum von 33,9 auf 37,9 Jahre zunahm.

Die Beweggründe dafür, weshalb Koreanerinnen zögern zu heiraten, weltweit die wenigsten Kinder gebären und sich zunehmend scheiden las-

sen, sind sicher vielfältig. Eine große Rolle dürfte dabei jedoch spielen, dass **Frauen mit wenig Unterstützung rechnen können, wenn sie Familie und Beruf in Einklang bringen möchten:**

Koreanerinnen sind heute weit **besser ausgebildet** als früher. Im Jahre 2003 besuchten 77,5% der Frauen im Alter von 25 Jahren oder älter ein College oder eine Universität, 1975 taten dies lediglich 2,5%. Daher wünschen sich immer mehr Frauen, wie es für Männer selbstverständlich ist, eine berufliche Laufbahn einzuschlagen. Hohe Lebenshaltungskosten erhöhen zudem den Druck, nach der Heirat ein **zweites Familieneinkommen** zu erzielen. Beides veranlasst die Frauen, eine **dauerhafte Beschäftigung** aufzunehmen. Im Jahre 2003 waren 52,8% der Koreanerinnen berufstätig. Da im Durchschnitt der OECD-Länder die Frauenerwerbsquote knapp 60% beträgt, und sie in den skandinavischen Ländern sogar knapp 75% erreicht, ist damit zu rechnen, dass die Frauenerwerbstätigkeit in Korea eher noch steigen wird.

Doch obgleich Ehefrauen und Mütter zunehmend berufstätig sind, ist Hausarbeit in 88,9% der Familien nach wie vor ausschließlich Frauensache. Allerdings sagen auch nur 35,9% der befragten Frauen, dass sie diese Aufgabe gerne mit ihren Ehemännern teilen würden. Männer halten in dieser Hinsicht an der überlieferten Rollenverteilung nahezu vollständig fest, und von den Frauen tun dies immerhin noch knapp zwei Drittel.

Der **Staat unternimmt ebenfalls wenig, um den Frauen die Verbindung von Familie und Beruf zu erleichtern.** Das Arbeitsrecht sieht vor,

dass schwangeren Frauen vor und nach der Entbindung bezahlter Mutterschaftsurlaub von insgesamt 90 Tagen zu gewähren ist. Außerdem soll der Arbeitnehmerin innerhalb der ersten zwölf Monate nach der Entbindung auf Wunsch zweimal täglich eine Stillzeit von mindestens 30 Minuten gestattet werden. Mehr ist an Unterstützung für berufstätige Mütter von Neugeborenen nicht vorgesehen.

Aus einer Umfrage unter 1.200 Arbeitnehmerinnen ging hervor, dass die Versorgung der Vorschulkinder während der Arbeitszeit der Mütter nur zu 3,2% in Einrichtungen am Arbeitsplatz und nur zu 1,8% in öffentlichen Kindertagesstätten erfolgte. In aller Regel wurden die Kleinkinder bei Familienmitgliedern, Freunden oder privaten Einrichtungen untergebracht.

In der Vergangenheit lebten Kleinkinder ebenso wie greise Verwandte im Kreis der Familie. Daher waren staatliche Einrichtungen für sie nicht erforderlich. Indem Frauen zunehmend am Erwerbsleben teilnehmen, fallen sie für die Betreuung und Pflege sowohl der sehr jungen als auch der sehr alten Familienmitglieder weitgehend aus. Geschiedene Frauen sind ohnehin nicht verpflichtet, sich ihrer ehemaligen Schwiegereltern anzunehmen, wenn diese pflegebedürftig sind. Ein Ersatz für die vielfältigen Dienste, die Frauen innerhalb und außerhalb der Familie leisteten, ist nicht absehbar. **Die koreanische Gesellschaft steht vor der drängenden Aufgabe, im Zeitalter von Ageing sowohl eine neue Familienpolitik als auch ein neues Genderverhalten zu entwickeln.**

Nordkorea: Bedrohung und Herausforderung

In Europa nahm der Kalte Krieg zwischen Ost und West mit der Wiedervereinigung Deutschlands 1989/90 ein weitgehend friedliches Ende. **Auf der koreanischen Halbinsel aber stehen sich** entlang einer 241 km langen und 4 km breiten Grenze **noch immer hochgerüstete Streitkräfte gegenüber.** Große Gefahr geht dabei von dem Vorhaben der nordkoreanischen Führung aus, die Entwicklung von Atomwaffen fortzusetzen. Bereits mit herkömmlichen Waffen wäre

eine erneute militärische Auseinandersetzung verhängnisvoll.

Aber auch **Szenarien, die unterhalb der Schwelle eines Krieges vorstellbar sind, verheißen für Südkorea nichts Gutes.** Bei einem Fortbestand des Regimes im Norden ist eine wesentliche Verbesserung der Wirtschaftslage eher unwahrscheinlich. Im Falle einer erneuten Hungersnot könnte eines Tages eine Flüchtlingslawine mit Billigung Chinas nach Südkorea

strömen. Nicht auszuschließen ist auch, dass Nordkorea kurzfristig die Grenze öffnet, um die Versorgungslage zu entspannen und politischen Druck abzubauen. Selbst die vielbeschworene Wiederherstellung der nationalen Einheit stößt bei weiten Teilen der südkoreanischen Bevölkerung auf Zurückhaltung. Mit Blick auf die hohen Kosten des Aufbaus Ost in Deutschland befürchtet man, dass **eine Wiedervereinigung mit dem verarmten, entindustrialisierten Teilstaat die südkoreanische Wirtschaft überfordern würde.**

Der „Sonnenscheinpolitik“ des früheren südkoreanischen Präsidenten Kim Dae-Jung (1998-2003) lag daher der Gedanke zugrunde, **durch wirtschaftliche Zusammenarbeit und gegenseitigen Austausch in Kultur, Sport, Umwelt und anderen politisch unverfänglichen Bereichen allmählich wechselseitiges Vertrauen aufzubauen und die Wirtschaft zum Nutzen beider Teile zu fördern.** Obgleich in der knapp 1-seitigen Abschlusserklärung, die Kim Dae-Jung und Kim Jong-Il im Laufe ihres historischen Treffens am 15. Juni 2000 in Nordkoreas Hauptstadt Pyongyang unterzeichneten, nicht weniger als 4-mal die Wiedervereinigung Koreas beschworen wurde, ging es **gerade nicht darum, erste Vorbereitungen für die künftige Einheit zu treffen.**

Auch unter Kim Dae-Jungs Nachfolger pflegt die Regierung in öffentlichen Verlautbarungen die herkömmliche Wiedervereinigungsrethorik, ohne damit jedoch mehr zu tun, als ein Ritual einzuhalten. Präsident Roh Moo-Hyun benannte in seiner Antrittsrede vom 25. Februar 2003 die „Sonnenscheinpolitik“ in „Politik für Frieden und Prosperität auf der koreanischen Halbinsel“ um, bekräftigte aber ansonsten, mit dem Norden weiterhin den Dialog zu suchen. Im Grunde bleibt ihm auch nichts anderes übrig, als zu hoffen, dass sich der Norden auf „Vertrauen und Gegenseitigkeit“ in den beidseitigen Beziehungen einlässt. Die Frage ist: **Wie hoch ist die Wahrscheinlichkeit, dass es auf der koreanischen Halbinsel ähnlich wie seinerzeit zwischen den beiden deutschen Staaten zu einem „Wandel durch Annäherung“ kommt?**

Zwischen der **Deutschen Demokratischen Republik im Jahre 1972**, als der Vertrag über die Grundlagen der künftigen Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten unterzeichnet wurde, und **Nordkorea im Jahre 2000**,

als das Treffen der beiden Staatschefs stattfand, **liegen wirtschaftlich und politisch gesehen Welten:**

- Anfang der siebziger Jahre war die ostdeutsche Wirtschaft vergleichsweise fortgeschritten und innerhalb der sozialistischen Staatengemeinschaft führend. Nordkorea war bereits lange vor dem Zusammenbruch der sozialistischen Regime in Mittel- und Osteuropa wirtschaftlich am Ende und setzte in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre Hunderttausende oder gar Millionen Menschen dem Hungertod aus.
- Das politische System der DDR war Anfang der siebziger Jahre ein nach sowjetischen Vorstellungen „ordentlicher“ sozialistischer Staat. Kongresse der herrschenden Partei und Treffen sowohl ihres Zentralkomitees als auch ihres Politbüros fanden regelmäßig statt. Die nordkoreanische Arbeiterpartei hingegen hatte ihren sechsten und letzten Parteitag im Oktober 1980. Ihr siebter Kongress ist weder in Vorbereitung noch absehbar. Das Zentralkomitee, das für Grundsatz- und Strategieentscheidungen der Partei zuständig ist, und das Politbüro, das diese Aufgaben zwischen den Sitzungen des Zentralkomitees wahrnimmt, haben seit 1994 nicht mehr getagt.
- Wie es sich für ein geordnetes sozialistisches Staatswesen gehörte, war Erich Honecker sowohl Generalsekretär der SED als auch Vorsitzender des Staatsrats der DDR. Die Stellung Kim Jong-Ils im Staatsgefüge Nordkoreas ist bezeichnenderweise die des Vorsitzenden des Nationalen Verteidigungsrates und Oberbefehlshabers der Streitkräfte.
- Die DDR-Führung konnte sich 1972 des Rückhaltes durch die Sowjetunion und des Warschauer Paktes absolut gewiss sein. Nordkorea hingegen kann sich nicht einmal der materiellen Unterstützung durch China, seines letzten Verbündeten, weiterhin sicher sein, ganz zu schweigen von einem militärischen Eingreifen der aufstrebenden Weltmacht China zu seinen Gunsten.

Dreißig Jahre nach Unterzeichnung des deutsch-deutschen Grundlagenvertrages hat Südkorea es **nicht** mit einem vergleichsweise stabilen, wohlhabenden Land und einer einigermaßen berechenbaren, vertragstreuen Regierung zu tun, wie

seinerzeit die DDR und ihre politische Führung war. Der Verhandlungspartner der südkoreanischen Regierung ist eine heruntergewirtschaftete Militärdiktatur, deren vorrangiges Ziel es ist, ihr Regime zu erhalten. Allerdings hat diese Diktatur „sui generis“ eines der Partei- und Staatsführung der ehemaligen DDR voraus, nämlich das historische Wissen, dass „Vertrauen und Gegenseitigkeit“ in den Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten schließlich zum Untergang der Deutschen Demokratischen Republik beigetragen hatte.

Sonderwirtschaftszone Kaesong: gesamtkoreanisches Zukunftsprojekt?

Nordkoreas Führung weiß, dass **zuviel Annäherung an die wirtschaftlich weit überlegene und demokratische Republik Korea im eigenen Land letztlich zu nicht mehr steuerbaren Veränderungen führen könnte**. Aus diesem Grunde schränkt sie Begegnungen und Kontakte seiner Bevölkerung mit Menschen aus dem Süden auf ein Mindestmaß ein. Im Juni 2000 hatten die beiden Kims vereinbart, Treffen von Familien aus beiden Teilen Koreas zu ermöglichen. Seither fanden erst zehn Begegnungen statt, bei denen sich unter Aufsicht insgesamt knapp 9.000 Personen, die meisten davon hochbetagt, trafen. Reise-, Telefon- und Briefverkehr sind weiterhin untersagt. Nachrichten aus dem Süden und der übrigen Welt werden streng zensiert.

Allein wirtschaftliche Not, die auch die Stütze des Regimes, die Armee, erfasst, zwingt die nordkoreanische Führung, Hilfsorganisationen ins Land zu lassen und mit der südkoreanischen Regierung begrenzt zusammenzuarbeiten. Auch hierbei achtet sie darauf, dass es nicht zu spontanen und unüberwachten Begegnungen kommt. Dabei verfolgt sie seit einigen Jahren ein Vorhaben, das ihr geeignet zu sein scheint, **wirtschaftliche Vorteile zu erlangen, ohne das abgeschottete Land zu sehr zu öffnen: die Schaffung von Sonderwirtschaftszonen in den Grenzgebieten**.

Nordkoreas Industrieanlagen, die zum Teil aus den fünfziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts stammen, sind derart veraltet, dass sie nicht an zeitgemäße technologische Standards

angepasst werden können. Da eine Modernisierung der Industrie aus eigenen Mitteln ausgeschlossen ist, hatte Nordkorea bereits Anfang der neunziger Jahre in Rajin-Sonbong, das im Dreiländereck zwischen China, Rußland und Nordkorea liegt, eine Sonderwirtschaftszone (SWZ) eingerichtet, um ausländische Direktinvestitionen anzuziehen. Die Erfolge waren mäßig, und auch die im Jahre 2002 geschaffene SWZ in Sinuiju an der Grenze zu China blieb bedeutungslos. Dies soll mit einer neuen Sonderwirtschaftszone in der Nähe von Kaesong anders werden.

Die Stadt Kaesong, die während des Koryeo-Reiches (918-1392) Hauptstadt Koreas war, liegt knapp sieben Kilometer nördlich der Grenze. Nach Wiederherstellung der Straßen- und Eisenbahnverbindung wäre sie von Seoul aus in anderthalb bis zwei Stunden erreichbar. Beide Seiten rechnen sich Vorteile aus: Das nordkoreanische Regime erhielte Deviseneinnahmen, Arbeitsplätze, Kenntnisse über moderne Technologien und Unternehmensführung sowie nicht zuletzt die Möglichkeit, sich als zuverlässiger Geschäftspartner herauszustellen und dadurch Nordkorea auch für nicht-südkoreanische Firmen als Standort anziehend zu machen. Südkoreanischen Unternehmen, insbesondere aus der arbeitsintensiven Textil- und Bekleidungsindustrie, kämen die geringen Löhne nordkoreanischer Arbeitskräfte, niedrige Steuern und zollfreie Ein- und Ausfuhren zugute.

Nach ersten Gesprächen im Vorfeld des historischen Gipfeltreffens vom 15. Juni 2000 war das Kaesong-Projekt zwischen Kim Jong-Il und Chung Mong-Hun, dem Präsidenten der Hyundai Asan Corporation, bereits am 9. August 2000 vereinbart worden. Nach Aussagen des früheren Wiedervereinigungsministers Jeong Se-Hyun habe der Norden „aggressiv“ versucht, den Süden zum Bau des Kaesong-Industrieparks zu bewegen. Aber erst drei Jahre später, inmitten der Verhandlungen zur Beilegung der Atom-Krise, wurde die SWZ Kaesong im August 2003 zu einem Pfeiler der Kooperationspolitik des Südens gegenüber Nordkorea. Anschließend dauerte es aber noch weitere acht Monate, bis die südkoreanische Regierung die Hyundai Asan Corp. und die staatliche Korea Land Corp. damit beauftragte, gemeinsam den Industriepark im Norden zu entwickeln.

Südkoreas Regierung sieht in dem Kaesong-Projekt eine weitere Möglichkeit, den **Norden wirtschaftlich zu festigen und damit die Gefahr einer Flüchtlingswelle zu verringern**. Darüber hinaus deutet man das Angebot Pyongyangs, gerade in Kaesong ein großes Gemeinschaftsprojekt anzusiedeln, als Beweis dafür, dass das Regime im Norden vertrauensvoll mit dem Süden zusammenarbeiten möchte. Allerdings scheint es hier vor allem um Symbolik zu gehen. Zwar waren über Kaesong am 25. Juni 1950 die 3. und 4. Division der Armee der Demokratischen Volksrepublik Korea Richtung Süden vorgerückt und hatten drei Tage später Seoul gestürmt. Vielleicht trifft es auch zu, dass Kim Jong-Il, wie südkoreanische Medien berichten, den Vorschlag, die strategisch einst bedeutende Stadt südkoreanischen Unternehmen als Standort anzubieten, gegen den Widerstand der Militärführung durchgesetzt hatte. Angesichts der vorhandenen Fähigkeit des Nordens, Seoul und Umgebung mit konventionellen Geschützen zu verwüsten, und der absehbaren Möglichkeit atomarer Bewaffnung hat Kaesong für Nordkorea bei weitem nicht mehr die strategische Bedeutung wie zu Kriegsbeginn 1950.

Die südkoreanische Nationalbank verheißt dem Kaesong-Projekt großen Erfolg. Sie rechnet in den nächsten zehn Jahren mit der Schaffung von 829.000 Arbeitsplätzen, von denen 104.000 auf den Süden und 725.000 auf den Norden entfallen werden. Nationalbankchef Park Seung erwartet, dass sich hier in den kommenden acht Jahren rund 19.000 südkoreanische Firmen ansiedeln werden. Doch bis dahin ist es noch eine Weile hin. Unterdessen müssen diese und die folgenden **Regierungen in Seoul ihre Wählerschaft weiterhin von den Erfolgsaussichten überzeugen, um die hohen Infrastrukturkosten des Industrieparks, die alleine der Süden trägt, zu rechtfertigen**. Dabei ist fraglich, ob Kim Jong-Il überhaupt solange warten möchte, bis sich die Vorteile für die marode Wirtschaft Nordkoreas bemerkbar machen, während die Risiken, die sich selbst aus dieser bescheidenen Öffnung des Landes ergeben, sofort eintreten. Trotz großer Vorliebe für alles Symbolische ist man auf beiden Seiten vorsichtig. Ende 2004 sollen die ersten 15 südkoreanischen Betriebe mit 5.000 nordkoreanischen Arbeitskräften die

Produktion aufnehmen. Dann wird man weitersehen.

Nordkorea: auf dem Weg in eine „sozialistische Marktwirtschaft“?

Mitglieder von Hilfsorganisationen und Reisende aus dem Ausland beobachten seit einiger Zeit, dass es in der nordkoreanischen Hauptstadt Pyongyang zunehmend geschäftiger zugeht. Durch die zuvor ausgestorbenen Strassen der 3,5-Millionen-Stadt fahren mehr Autos und Fahrräder als früher, an zahlreichen Ständen werden Süßkartoffeln, Esskastanien oder Softeis verkauft, und in der Tongil-Strasse gibt es einen Markt gleichen Namens, auf dem ein breites Sortiment an Lebensmitteln und Textilien, Elektronik und Haushaltsgeräten angeboten wird. Die südkoreanische Nachrichtenagentur Yonhap schätzt, dass es etwa fünfhundert private Restaurants und Pubs gibt, von denen etwa fünfzig auch gehobenen Ansprüchen genügen sollen. Außerdem haben Billard-Salons, Bowling-Hallen und Karaoke-Bars geöffnet.

Diese Veränderungen sind im Hinblick auf die sonstige Trostlosigkeit in Pyongyang sicher bemerkenswert. **Aber ist das der Beginn von Reformen oder gar eines Umbaus der Wirtschaft in Richtung auf eine „sozialistische Marktwirtschaft“ nach dem Vorbild Chinas?** Von **einer strategischen Entscheidung** des nordkoreanischen Regimes, Landwirtschaft, Handel und Handwerk zu privatisieren und **die Wirtschaft nach außen zu öffnen**, wie dies seit Ende der siebziger Jahre in China geschah, **ist nichts bekannt**. Soweit erkennbar, deuten die in den vergangenen Jahren durchgeführten Maßnahmen in eine ganz andere Richtung:

1998 verkündete die nordkoreanische Führung eine Reihe von Grundsätzen, die für Nordkorea bislang zwar kaum vorstellbar waren, aber aus der Geschichte der sozialistischen Wirtschaftsreformen der sechziger und siebziger Jahre hinreichend bekannt sind. Leitgedanke dabei ist, dass **Staatsunternehmen und Produktionsgenossenschaften „rentabel“ sein sollen**, indem sie Kosten berücksichtigen und möglichst Gewinne erzielen. Während in der früheren Planwirtschaft sowjetischen Typs die Plan-

zentrale den Staatsunternehmen und Produktionsgenossenschaften detaillierte Planziele in physischen Größen verbindlich vorschrieb, **sollen die Betriebe nun ihre Produktionspläne eigenständig festlegen und vornehmlich „indirekt“, d.h. über monetäre Größen wie Preise oder Zinsen gelenkt werden.**

Erst im **Jahre 2002 tat die Regierung einen weiteren Schritt und führte eine Reform sowohl der Erzeuger- als auch der Verbraucherpreise durch.** Beide Preistypen waren bis dahin bedeutungslos gewesen. Die Menschen bezogen ihre Lebensmittel und die sonstigen Dinge des persönlichen Bedarfs über das staatliche Rationierungssystem (oft auch nicht), und die Unternehmen erhielten ihre Vorleistungen über das staatliche Planungs- und Lenkungssystem zugewiesen (oft auch nicht). Die Abschaffung des Rationierungssystems und die angestrebte Umstellung der Unternehmen auf Gewinnerzielung erforderte nun „realistische“ Preise, an denen sich beide Gruppen, Erzeuger und Verbraucher, ausrichten konnten. Sachlich angemessen wäre es gewesen, wenn die Preisreformen der Einführung des Rentabilitätsprinzips vorausgegangen oder zumindest gleichzeitig erfolgt wären. Ob man vier Jahre verstreichen ließ, weil man den Zusammenhang zwischen den beiden Reformteilen nicht kannte, oder weil man über den einzuschlagenden Weg stritt, ist offen.

Die **Preiserhöhungen waren gewaltig und übertrafen die gleichzeitigen Lohnerhöhungen bei weitem.** Sie betragen für Grundnahrungsmittel wie Reis, Mais, Bohnen und Weizenmehl zwischen 40.000 und 55.000 Prozent. Die Preise für Industrieerzeugnisse und Treibstoffe stiegen hingegen „nur“ um einige Tausend Prozent. Selbst gegen Ende ihres Bestehens hatten die ehemals sozialistischen Länder keine Hyperinflation von einem solchen Ausmaß verzeichnet. Letztlich war **der nordkoreanischen Führung nichts anderes übriggeblieben, als mit den Preisen auf den Schwarzmärkten gleichzuziehen, um das Warenangebot aus der Untergrundwirtschaft wieder in den staatlich kontrollierten Handel zu ziehen.**

Der Versuch einer indirekten Planung und Lenkung der Wirtschaft scheiterte ausnahmslos in allen Ländern Mittel- und Osteuropas. Früher oder später kehrten die kommunistischen Staats-

führungen mehr oder weniger zum Ausgangsmodell zurück. Bis zum endgültigen Ende sozialistischen Wirtschaftens versuchten sie, vorrangig durch organisatorische Maßnahmen wieder auf einen Wachstumspfad zu gelangen. Man schuf riesige Kombinate, die ganze Branchen umfassten, experimentierte mit eigenverantwortlichen Produktionsbrigaden oder ersann neue Zuständigkeiten innerhalb des Wirtschaftsapparats. Aufzuhalten war der Abstieg damit nicht.

Die nordkoreanische Führung wird die Schwächen des gewählten Reformtyps aus zwei Gründen kaum kennen lernen. Zum einen benötigt jede Wirtschaft Energie, um ihre wie auch immer geartete Leistungsfähigkeit zu zeigen. Davon hatten die Sowjetunion und die meisten übrigen sozialistischen Länder in der Regel ausreichend. In Nordkorea hingegen ist **die Produktion aus Mangel an Elektrizität und Treibstoff weitgehend zum Stillstand gekommen.** Zum anderen ist es **unter den Bedingungen einer hohen Inflation oder gar Hyperinflation von vornherein unmöglich, die gesamtwirtschaftliche Produktion wertmäßig zu planen.** Selbst die Staatsausgaben sind nicht mehr zu beziffern. Im März 2004 legte Finanzminister Mun Il-Bong den Mitgliedern der Obersten Volksversammlung den Haushalt für das laufende Jahr vor, in dem die einzelnen Positionen erstmals nur in Prozentanteilen und an keiner Stelle in der Landeswährung Won angegeben waren.

Von beiden Problemen scheinen die Verantwortlichen keine Notiz zu nehmen. Trotz Energiemangels und Hyperinflation rief Premierminister Pak Pong-Ju auf der gleichen Sitzung der Obersten Volksversammlung die staatlichen Industrieunternehmen dazu auf, in diesem Jahr die Produktion von Eisenerz um 130%, von Rohstahl um 150 % und von Walzstahl um 400% zu steigern.

Wenngleich die Leitungsorgane außerstande sind, die Staatswirtschaft wirksam zu planen und zu lenken, deutet nichts darauf hin, dass das Regime die Staatsunternehmen in Industrie und Handel gewähren ließe oder die Produktionsgenossenschaften in der Landwirtschaft auflösen würde. Seit März 2004 dürfen Industriebetriebe, die ansonsten keine Konsumgüter herstellen, zwar dergleichen produzieren und auf den Verbrauchermärkten verkaufen, um mit dem Erlös

Vorleistungen für ihre eigentliche Produktion zu beschaffen. Doch darf der Anteil der vermarkteten Erzeugnisse 30% ihrer Gesamtproduktion nicht überschreiten. In der Landwirtschaft dürfen die Mitglieder der Produktionsgenossenschaften zwar wieder Parzellen privat bewirtschaften. Doch die Fläche der sogenannten Hoflandwirtschaft darf jeweils nicht größer als 100 m² sein. Dies ist, von saisonbedingten Produktionsspitzen abgesehen, nicht einmal genug, um den Eigenbedarf der Genossenschaftsfamilien an Nahrungsmitteln ausreichend zu ergänzen.

Kern der Wirtschaftsreformen in China war die Auflösung der Volkskommunen, indem der Staat Flächen, Vieh und Inventar an die Bauernhaushalte verteilte. Wie man heute weiß, war dies der Beginn einer weitreichenden Transformation der chinesischen Wirtschaft. Die Entwicklung in Nordkorea weist in eine andere Richtung. Kim Jong-Il möchte die Vision seines Vaters Kim Il-Sung aus dem Jahre 1964 erfüllen und **in der Landwirtschaft die einst gewaltsam durchgesetzten Produktionsgenossenschaften in staatliche Großbetriebe umwandeln**. Seit 1999 sind Armeeeinheiten damit beschäftigt, die Flächen der Genossenschaften und hier insbesondere die Reisfelder zu Großflächen zusammenzulegen. Offiziell wird dieser Schritt damit begründet, dass nur in Großbetrieben eine Mechanisierung der Landwirtschaft möglich sei.

Bereits in den einst sozialistischen Ländern hatte die Schaffung landwirtschaftlicher Großbetriebe ohne Rücksicht auf Bodenbeschaffenheit, Industrialisierungsgrad oder betriebswirtschaftlicher Rentabilität zu schlechten und in einigen Fällen zu verheerenden Ergebnissen geführt. In Nordkorea ist damit eine weitere Katastrophe

vorgezeichnet. Seit Jahren fehlen hier neben industriellen Vorleistungen wie Düngemittel und Pestiziden vor allem Maschinen und Energie, um die Flächen zu bearbeiten und das Getreide zu ernten und zu dreschen. Das sind keine guten Aussichten für die ohnehin schon darbenende Bevölkerung.

Landwirtschaft war im nördlichen Teil Koreas traditionell stets weniger bedeutend als im Süden. Der Norden ist gebirgiger, und das Klima ist hier erheblich rauer als im Süden. Während der Ernte fallen oft heftige Niederschläge, so dass das Getreide aufwendig getrocknet werden muss, damit es nicht verrottet. Dafür stehen weder Maschinen noch Brennstoffe zur Verfügung. Die Böden sind ohnehin ausgelaugt oder durch Erosion zerstört. Die politisch Verantwortlichen dürften daher wissen, dass sich ihr Schicksal nicht in der Landwirtschaft entscheidet. **Von strategischer Bedeutung ist allein die Industrie. Aber hier ist das Regime in einer Zwickmühle: ohne Außenöffnung kommen weder Kapital noch Technologie ins Land, mit Außenöffnung entstehen unberechenbare Risiken für seinen Bestand.**

Es ist nicht abzusehen, wie die Partie fortgeführt wird. **Der Niedergang der nordkoreanischen Wirtschaft hält derweil an**. Um der zunehmenden Verelendung zu entgehen, haben in den letzten Jahren immer mehr Menschen trotz großer Gefahren ihr Heil in der Flucht gesucht. Zwischen 1991 und 2000 waren insgesamt 790 Personen nach Südkorea gelangt. Diese Zahl wurde 2004 mit 760 Flüchtlingen schon in den ersten sechs Monaten annähernd erreicht. **Der Geist ist aus der Flasche, und es dürfte schwer sein, ihn wieder einzufangen.**

Steuert Südkorea auf eine Existenzkrise zu?

Vermehrt vernimmt man in den Medien **Stimmen, die vor schwindender Konkurrenzfähigkeit und sinkendem Lebensstandard warnen**. Wirtschaft und Politik sind vor allem besorgt darüber, dass China südkoreanische Unternehmen auf den Weltmärkten zunehmend unter Druck setzt und sich in dem Wirtschaftswunderland wirtschaftliche, politische und soziale

Probleme auf türmen. Umfragen des Meinungsforschungsinstituts Korea-Gallup deuten darauf, dass **in der Bevölkerung bereits Zukunftsangst herrscht**. Zur Jahresmitte antworteten auf die Frage „Haben Sie Hoffnung in die Zukunft?“ nur 29% der Befragten mit „ein wenig“ bis „sehr viel“, aber fast 70% hatten „kaum“ oder „überhaupt keine“ Hoffnung.

Der skeptische Blick in die Zukunft hat seinen Grund nicht zuletzt darin, dass Südkorea **den Umgang mit seinen drei großen Herausforderungen für das 21. Jahrhundert nur in Grenzen selbst gestalten kann:**

- Südkoreas Wohlstand wird entscheidend davon bestimmt, ob und wie seine Wirtschaft im globalen Wettbewerb mithalten kann. Dies hängt jedoch nicht allein von der eigenen Wettbewerbsfähigkeit ab. **Bereits 1997/98 machte Südkorea die Erfahrung, dass Verwerfungen in einem Land rasch auf andere Wirtschaften in der Region übergreifen.**
- Die südkoreanischen Familien haben ihre Entscheidung, immer weniger Kinder zu haben, über die vergangenen Jahrzehnte hinweg getroffen. An der Altersstruktur der Bevölkerung kann nun nichts geändert werden. **Die Auflösung der konfuzianisch geprägten Familie ist unumkehrbar.**
- Südkorea leistet umfangreiche wirtschaftliche und humanitäre Hilfe an Nordkorea und sucht Gespräch und Zusammenarbeit mit dessen politischer Führung. **Das Regime im Norden hingegen bleibt unberechenbar.** In Verhandlungen zeigen sich seine Vertreter mal verhandlungsbreit, mal drohen sie der südkoreanischen Seite mit „unermesslichen Zerstörungen“.

Es gibt starke Belege dafür, dass Südkorea imstande sein wird, den von ihm beeinflussbaren Teil der Zukunft günstig zu gestalten. Dazu zählt in erster Linie, dass die Anfang der sechziger Jahre erfolgte Weichenstellung zugunsten einer exportorientierten und staatsgeführten Industrialisierung nicht nur hohe Wachstumsraten ermöglichte, sondern auch die Voraussetzungen dafür schuf, dass sich **öffentliche und private Institutionen, Unternehmen und Individuen die notwendigen Fähigkeiten aneignen konnten, um sich in den internationalen Wirtschafts- und Finanzbeziehungen zurechtzufinden.** Nicht zuletzt während der Asienkrise haben diese Akteure bewiesen, dass sie imstande sind, rasch und angemessen zu handeln.

Zweifellos muss die koreanische Gesellschaft im Zeitalter von Ageing und eines anhaltenden sozialen Wandels sowohl neue Formen des Zusammenlebens inner- und außerhalb der Familie als auch ein neues Genderverhalten entwickeln. Aber hat sie dies nicht bereits über die vergangenen hundert Jahre hinweg getan? Frauen hatten bis vor nicht allzu langer Zeit keinen eigenen Namen, kaum Rechte und wenig Teilhabe an den wesentlichen Entscheidungen der Familie. Heute ist über die Hälfte von ihnen berufstätig, und Frauen drängen zunehmend in Politik und Wirtschaft in Führungsstellungen vor. Dieser ungeheure Umbruch gibt Anlass zu vermuten, dass Südkorea **Fähigkeit, Findigkeit und Kraft haben wird, auch die im Gefolge des Alterung auftretenden Herausforderungen zu bewältigen.**

Der Blick in Richtung Norden lässt ähnliche Zuversicht nicht zu. Weder gibt es Anzeichen dafür, dass Nordkorea sich ernsthaft politisch und wirtschaftlich öffnet, noch ist anzunehmen, dass das Regime künftig auf Hochrüstung und Erpressung verzichtet. Aber es gibt auch hier Gründe, die darauf deuten, dass zumindest nicht das Schlimmste eintreten wird: **China ist an friedlichen Verhältnissen in Nordostasien gelegen und wird im Sinne der Vernunft auf Nordkorea einwirken, um Spannungen in dieser Region abzubauen und sein eigenes Vordringen in die globalen Märkte nicht zu gefährden.** Durch die Einbindung Chinas, Russlands und Japans in die sogenannten Sechsergespräche zusammen mit Nord- und Südkorea scheint es der US-amerikanischen Außenpolitik zudem gelungen zu sein, den Konflikt mit Nordkorea nicht mehr allein auszutragen, sondern auf weitere starke Schultern in der Region verteilt zu haben. Es wäre Entscheidendes erreicht, wenn es nicht zu einen atomaren Wettrüsten in Nordostasien käme. Auf Südkorea dürften auch so noch reichlich Schwierigkeiten aus dem Norden zukommen.